

Neues aus dem Landtag - KW 43

Liebe Leserinnen und Leser,

zum sechsten Mal haben wir **FREIE WÄHLER** zu unserem **Kommunalkongress** in den Bayerischen Landtag eingeladen. Und die Themen – darunter Flächensparen und das Aktionsbündnis „Ländlicher Raum“ – stießen auf breites Interesse: Rund 270 Gäste aus der Kommunalpolitik – und damit so viele wie noch nie – konnten wir im Maximilianeum begrüßen. Erstmals haben wir den Kommunalkongress in unserer Rolle als Regierungspartner abgehalten – und unsere Bilanz fällt rundum positiv aus: Die Zusammenarbeit in der Staatsregierung läuft sehr gut und Bayerns Bürger sind offenbar recht zufrieden mit der Arbeit unserer schwarz-orangen Koalition – das zeigen die jüngsten Wahlumfragen. Damit das so bleibt, haben wir uns auch für die kommenden Monate viel vorgenommen. So wollen wir mehr Flächen sparen – allerdings mit Maß und Ziel. Denn aus München heraus den Kommunen einen Flächensparplan aufzudrücken, wie es die Grünen verlangen, lehnen wir klar ab. Außerdem wollen wir mit unserer Mobilitätsstrategie mehr für den öffentlichen Nahverkehr tun. Auch den ländlichen Raum wollen wir stärken: Mit einem bayerischen „Aktionsbündnis ländlicher Raum“ wollen wir vom Gastwirt über den Feuerwehrhauptmann, Fischer und Jäger bis hin zum Landwirt den Menschen ein Gremium geben, in dem ihre Interessen vertreten werden.



Susann Enders, MdL

Beschäftigt haben wir uns diese Woche außerdem mit folgenden Themen:

- Einrichtung einer Kinderkommission
- Sachverständigenanhörung zum Mobbing
- Einführung einer Landarztquote
- Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes
- richtiger Umgang mit dem Flächenverbrauch
- Einführung eines Freibetrags für selbst genutztes Wohneigentum

Rückblick

Jedes Kind hat das Recht, gehört zu werden – das ist in der deutschen Verfassung festgeschrieben. Allerdings haben Kinder und Jugendliche weniger Möglichkeiten als Erwachsene, um deutlich zu machen, was ihnen wichtig ist. Sie sind deshalb darauf angewiesen, dass sich ihre Eltern, aber auch Politiker für ihre Rechte und Interessen einsetzen. Um den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen im Parlament mehr Gewicht zu verleihen, hatten wir **FREIE WÄHLER** uns bereits in der letzten Legislaturperiode in der **Kinderkommission des Bayerischen Landtags** engagiert. Im Verfassungsausschuss haben wir nun einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Wiedereinrichtung der Kommission vollzogen: Der entsprechende fraktionsübergreifende Antrag ist angenommen worden. Ziel der Kommission wird es sein, die Öffentlichkeit und das Parlament für die Belange von Kindern und Jugendlichen zu sensibilisieren. Mit der Kommission würde auf Landesebene wieder eine einheitliche Anlaufstelle entstehen, an die sich nicht nur Verbände und Organisationen, sondern auch Kinder und Jugendliche selbst wenden können.

Ein Thema, das Kinder und Jugendliche umtreibt, hat die Sachverständigenanhörung im Bildungsausschuss beleuchtet: **Mobbing an Schulen**. Und dort haben Experten bestätigt, was wir **FREIE WÄHLER** schon lange anprangern: Schulmobbing ist weit verbreitet und findet längst nicht mehr nur auf dem Schulhof statt. Entgleisungen und Angriffe haben sich in den letzten Jahren zunehmend ins Netz verlagert, wo sie eine ganz neue Qualität entfalten: Boshafte Lästereien werden in die eigenen vier Wände der Schüler – und damit in einen eigentlich geschützten Raum – getragen und im Netz verewigt. Die langfristigen Folgen für betroffene Schüler sind enorm, doch auch Lehrkräfte geraten angesichts dieser Entwicklungen zunehmend unter Druck. Bayerns Schulen stehen gerade bezüglich des Cyber-Mobbings vor der Aufgabe, nachhaltige Präventionsarbeit zu leisten. Hierzu gehören insbesondere die Stärkung von Medienkompetenz und digitaler Bildung an den Schulen, für die Kultusminister Piazzolo dankenswerterweise bereits viel Geld in die Hand genommen hat. Nur so lässt sich die Grundlage dafür schaffen, Schülerinnen und Schülern einen verantwortungsvollen Umgang mit interaktiven Medien zu vermitteln. Um Mobbing vorzubeugen, müssen die Konflikte aber auch im Unterricht thematisiert werden. Dazu braucht es Lehrkräfte, die empathisch und gefestigt sind – der Grundstein dafür muss bereits in der Lehrerausbildung gelegt werden. Wichtig ist uns **FREIEN WÄHLERN** auch, den Klassenzusammenhalt mit pädagogischen Angeboten wie Wandertagen, Projekten oder Aufenthalt in Schullandheimen zu stärken. Außerdem braucht es an den Schulen feste Anlaufstellen und Hilfsangebote sowie die Entwicklung schulischer Anti-Mobbing-Leitfäden.

Im Plenum haben wir uns diese Woche mit der **Einführung einer Landarztquote** beschäftigt. Eine solche Quote ist ein wichtiger Baustein in einem Bündel von Maßnahmen, um die Gesundheitsversorgung langfristig und flächendeckend sicherzustellen und insbesondere dem Ärztemangel auf dem Land entgegenzuwirken. Der dazu im Plenum eingebrachte Gesetzentwurf sieht vor, dass 5,8 Prozent aller Medizin-Studienplätze an Bewerber gehen, die sich später als Hausarzt in einem Gebiet mit aktueller oder drohender Unterversorgung verpflichten. Davon wird insbesondere der ländliche Raum profitieren. Mit der Landarztquote tragen wir also auch einem unserer politischen Kernanliegen Rechnung – nämlich der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns.

Ebenfalls im Plenum behandelt wurde die **Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes in Bayern**. Wir **FREIE WÄHLER** haben uns bereits mehrmals für den Erlass eines solchen Gesetzes starkgemacht.

Es soll allen Bürgerinnen und Bürgern einen allgemeinen und voraussetzungslosen Zugang zu amtlichen Informationen des Freistaats Bayern gewähren – unter angemessener Berücksichtigung des Daten- und Geheimnisschutzes. Allerdings wurden unsere damaligen Gesetzentwürfe mit der Mehrheit unseres jetzigen Koalitionspartners abgelehnt. Der umfassende Zugang zu amtlichen Informationen ist eine wichtige Voraussetzung für die effektive Wahrnehmung von Bürgerrechten. Wir sind der Auffassung, dass ein entsprechendes Gesetz nicht nur zur Förderung der demokratischen Meinungs- und Willensbildung beitragen, sondern auch die Kontrolle staatlichen Handelns verbessern sowie dessen Akzeptanz in der Bevölkerung stärken würde. Die Einführung eines Bayerischen Informationsfreiheitsgesetzes ist daher unerlässlich. Dafür werden wir uns auch in Zukunft bei unserem Koalitionspartner einsetzen.

Auch über die **Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes** wurde diese Woche im Plenum beraten. Wir **FREIE WÄHLER** wissen: Der Erfolg unseres Bildungssystems steht und fällt mit der hohen Qualität unserer bayerischen Lehrkräfte. Damit Bayern auch künftig Bildungsland Nummer 1 bleibt, stehen wir in der Pflicht, angehende Lehrerinnen und Lehrer optimal auf die Anforderungen ihres komplexer werdenden Berufes vorzubereiten. Der Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes entspricht dieser Forderung praxisnah und zeitgemäß: Denn die Änderungen stellen nicht nur die für die Inklusion so wichtige Sonderpädagogik auf breitere Beine, sondern ermöglichen Studierenden der Berufs- und Wirtschaftspädagogik den Erwerb wichtiger unterrichtsrelevanter Zusatzqualifikationen. So schafft der Gesetzentwurf die Grundlage dafür, dass junge Menschen schulartspezifisch und ihren individuellen Neigungen entsprechend unterrichtet werden können. Das geplante Gesetz erfüllt damit die bildungspolitischen Kernforderungen von uns **FREIEN WÄHLERN**.

In der Debatte um den **richtigen Umgang mit dem Flächenverbrauch** im Freistaat haben wir am Rande des Plenums nochmals klar Stellung bezogen. Wir unterstützen die Absicht der Bundesregierung, den Flächenverbrauch bis 2030 auf maximal 30 ha pro Tag zu begrenzen und streben für Bayern eine Richtgröße von täglich fünf Hektar an. Doch im Gegensatz zu den Grünen wollen wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Unsere Resolution „Flächensparen mit Vernunft statt Entmündigung der Kommunen“ setzt stattdessen auf eine Entschleunigung der Metropolen, Stärkung des ländlichen Raums, Wahrung der kommunalen Eigenverantwortung und interkommunale Zusammenarbeit. In den vergangenen sechzig Jahren hat sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bayern mehr als verdoppelt. Beispielsweise wurden der Land- und Forstwirtschaft zwischen 1960 und 2016 840.000 Hektar Fläche entzogen – das entspricht der gesamten Grünland- und Ackerfläche der Regierungsbezirke Schwaben und Unterfranken. Das Volksbegehren „Betonflut eindämmen“ zielt deshalb in die falsche Richtung. Es enthält keine konkreten Umsetzungsvorgaben, konzentriert sich fast ausschließlich auf die strukturpolitische Entwicklung der städtischen Verdichtungsräume und würde die Stagnation der Wirtschaftsentwicklung am Land nur weiter fortsetzen. Das werden wir **FREIE WÄHLER** verhindern!

Befördern wollen wir indes den Erwerb von Wohneigentum. Mit einem Dringlichkeitsantrag hatten wir die Staatsregierung bereits 2017 aufgefordert, sich auf Bundesebene für die **Einführung eines Freibetrags für selbst genutztes Wohneigentum** im Grunderwerbsteuerrecht einzusetzen. Diese Forderung haben wir jetzt nochmals bekräftigt. Denn seit einigen Jahren gelingt immer weniger Menschen im Freistaat der Erwerb von Wohneigentum – und das trotz florierender Wirtschaft und niedriger Zinsen. Besonders für junge Familien mit mittlerem oder geringerem Einkommen wird der Erwerb angesichts hoher Immobilien- und Grundstückspreise gerade in den Metropolregionen immer schwieriger. Ein

Hemmnis: der Belastungsanstieg bei der Grunderwerbsteuer. Dabei ist gerade die Grunderwerbsteuer nach den Fundamentalprinzipien der Besteuerung nur schwer begründbar. Schließlich richtet sie sich weder nach der Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers, noch entspricht sie dem Äquivalenzgedanken als Gegenleistung für eine Leistung des Staates. Deshalb fordern wir **FREIE WÄHLER** für den Erwerb oder Bau von selbstgenutztem Wohneigentum eine Begünstigung bei der Grunderwerbsteuer durch Gewährung eines Freibetrags.

Susann Enders, MdL

Gesundheitspolitische Sprecherin
Sprecherin für Soziales, Familie und Barrierefreiheit
Vorsitzende des Freie Wähler AK Gesellschaft

FREIE WÄHLER Landtagsfraktion
Abgeordnetenbüro
Greitherstraße 15
82362 Weilheim
Tel.: +49 (0) 881 / 927 801 00
Fax: +49 (0) 881 / 927 801 09
Mail: abgeordnetenbuero.enders@fw-landtag.de

<https://susann-enders.de/>

